

# Basta!

Nr. 4 / November 2010

## Basels starke Alternative

### 2 x Nein

Ausschaffungsinitiative

**BastA! empfiehlt sowohl die Ausschaffungsinitiative wie den Gegenvorschlag zur Ablehnung. Aus taktischen Gründen den Gegenvorschlag zu unterstützen, spielt nur der SVP in die Hände.**

Schon das geltende Ausländerrecht sieht bei einer Verurteilung zu einer längerfristigen Freiheitsstrafe die Wegweisung aus der Schweiz vor. Allein im Jahr 2008 wurden rund 500 Personen ausgeschafft. Die Initiative verlangt eine Verschärfung dieser unmenschlichen Praxis, womit noch mehr Ausländerinnen und Ausländer bei einem Verstoß gegen das Strafrecht nicht nur ihre Strafe verbüssen, sondern mit der Ausschaffung doppelt bestraft würden. Damit würden zahlreiche Familien auseinander gerissen, hier aufgewachsene Kinder und Jugendliche entwurzelt und ihrer sozialen Netze beraubt.

In dieser Situation liebäugeln auch viele Linke damit, den Gegenvorschlag zu unterstützen, um so Schlimmeres zu verhindern. So sagt beispielsweise die sozialdemokratische Partei Basel-Stadt Ja zum Gegenvorschlag. Wir erachten solches Taktieren als gefährlich. Der direkte Gegenvorschlag unterscheidet sich in der Grundhaltung kaum von der Initiative. Er berücksichtigt lediglich das rechtstaatliche Prinzip der Verhältnismässigkeit und führt eine völkerrechtliche Schutzklausel ein. In einem Punkt geht der Gegenvorschlag sogar weiter als die SVP-Initiative: Wer innerhalb von 10 Jahren kumuliert zu Strafen von

insgesamt mindestens 720 Tagen oder Tagessätzen rechtskräftig verurteilt worden ist, soll ebenfalls des Landes verwiesen werden.

Es ist immer das selbe Muster: Die SVP bricht ein Tabu, die bürgerlichen Parteien und Teile der Linken ziehen nach und verhelfen den SVP-Forderungen in etwas moderaterer Form zum Durchbruch. So erreicht die SVP immer ihr Ziel.

Wir müssen uns entschieden dafür einsetzen, dass völker- und menschenrechtswidrige Vorlagen gar nicht zur Abstimmung gelangen, sonst wird unsere vielgerühmte direkte Demokratie zur Farce.

Multitionen an:  
Postfach 225, 4005 Basel

AZB  
4005 Basel



Basel hat sich jahrelang gerühmt, schweizweit eine Vorreiterrolle in Sachen ÖV und Langsamverkehr innezuhaben. Diese Zeiten sind aber längst vorbei. Klar ist, dass seit der Eröffnung der Nordtangente die Belastung auf den Hochleistungsstrassen um Basel zugenommen hat und weiter zunehmen wird. Als ob dies nicht genug Beweis wäre, dass neue Strassen mehr Verkehr generieren, sind weitere Kapazitätserweiterungsprojekte in der Pipeline. Beispiele dafür sind der Ausbau der Osttangente und die Untertunnelung des Gundelis. Der Verkehrszuwachs beschränkt sich aber nicht auf die Autobahnen: Mehr Verkehr auf den Hochleistungsstrassen generiert mehr Verkehr in den Quartieren.



Die Städte-Initiative Basel möchte dieser Entwicklung entgegensteuern. Sie fordert, dass der Anteil des ÖV, Fuss- und Veloverkehrs in den nächsten zehn Jahren um 10 Prozentpunkte erhöht wird. Dies würde eine Senkung des Autoverkehrs um 25 Prozent bedeuten. Zudem sollen der Neu- und Ausbau von Hauptverkehrsstrassen nur dann zulässig sein, wenn dadurch die Kapazität des Strassennetzes für den motorisierten Individualverkehr nicht erhöht wird. Die Basler Städte-Initiative unterscheidet sich von ähnlichen Initiativen in andern Städten (z.B. Luzern oder St. Gallen) dadurch, dass sie eine kantonale Initiative ist und im Initiativtext die Hochleistungsstrassen in der Gesamtberechnung berücksichtigt sind.

Der Gegenvorschlag des Grossen Rats, der gleichzeitig mit der Initiative zur Abstimmung kommt, ist ein halbherziger Kompromiss. Der Kanton soll dafür sorgen, dass die Gesamtverkehrsleistung des privaten Motorfahrzeugverkehrs auf dem Kantonsgebiet gegenüber heute langfristig abnimmt, bis zum Jahr 2020 um mindestens 10%. Die Verkehrsleistung auf den Hochleistungsstrassen wäre aber davon ausgenommen. Eine Verkehrszunahme durch Aus- und Neubau von Hochleistungsstrassen müsste auf dem übrigen Strassennetz auch nach dem Jahr 2020 durch flankierende Massnahmen kompensiert werden.

Der Aspekt der Mitberücksichtigung der Hochleistungsstrassen bei der Senkung der gesamten Verkehrsleistungen war der Streitpunkt in der parlamentarischen Diskussion. Der Regierungsrat wehrte sich dagegen, dass die Hochleistungsstrassen in einem Verkehrssenkungspfad mitberücksichtigt werden, mit dem Argument, Verkehrswachstum sei gegeben und der Kanton habe keine Kompetenz bei den Nationalstrassen.

Dass nun beide Vorlagen zur Abstimmung kommen, hat mit dieser mutlosen kantonalen Verkehrspolitik zu tun, die das Verkehrswachstum in Kauf nimmt und lediglich verwaltet. Es ist ganz wichtig zu

zeigen, dass wir eine andere Verkehrspolitik haben wollen. Letztlich ist es möglich, beim Bund Einfluss zu nehmen, dies zeigt die kürzlich angekündigte Neuüberprüfung der Osttangente-Erweiterung in Richtung Untertunnelung (klar: ein Verzicht auf die Erweiterung wäre noch besser). Vor allem ist es ganz wichtig, mit einem wichtigen Ja sowohl zur Initiative wie zum Gegenvorschlag zu zeigen, dass Zielvorgaben nicht nur Lippenbekenntnisse sein sollen. Wir sind überzeugt, dass eine andere Verkehrspolitik möglich ist. Verkehrswachstum ist kein Naturgesetz, sondern eine Folge von politischen Entscheidungen. Der Verkehr wächst dort, wo die entsprechenden Investitionen getätigt werden. Wenn wir in Schienen statt in Strassen, in verkehrsbe-

ruhigte Quartiere und autofreie Plätze statt in den Autobahnausbau investieren, können wir das endlose Verkehrswachstum stoppen und die Lebensqualität in Basel massiv erhöhen.

BastA! empfiehlt deshalb ein doppeltes Ja am 28. November, sowohl zur Initiative wie zum Gegenvorschlag, mit Stichtenscheid zugunsten der Initiative. Wir appellieren an alle, an der Abstimmung teilzunehmen. Wir möchten nicht, dass der Eindruck entsteht, die städtische Verkehrspolitik sei bei der Ablehnung des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes stehen geblieben ist. Unsere Stadt verdient eine bessere Zukunft.

Patrizia Bernasconi

## Ja zur Steuergerechtigkeits-Initiative.

Die Steuergerechtigkeits-Initiative verlangt ein Verbot von degressiven Steuermodellen und einen fairen Mindeststeuersatz für sehr hohe Einkommen und Vermögen: 22 % für Einkommen über 250'000 Franken, 5 % für Vermögen über 2'000'000 Franken. Sie will dem Missbrauch beim

Steuervergleich zu Lasten der tiefen und mittleren Einkommen einen Riegel schieben. Heute jagen sich Kantone und Gemeinden mit Steuergeschenken für Multimillionäre die superreichen Steuerzahlenden ab. Die Steuerausfälle bezahlen wir anderen. Damit muss endlich Schluss sein.



# Nein zur Auslagerung der öffentlichen Spitäler

Aktivitäten

Mitte Oktober fand die Gründungsversammlung des Vereins „Keine Auslagerung der öffentlichen Spitäler“ statt. Dieser Verein setzt sich zum Ziel, die organisatorische Verselbständigung der öffentlichen Spitäler zu verhindern.



Worum geht es? Im März sandte das Gesundheitsdepartement einen Ratschlag in die Vernehmlassung, der die Überführung des Universitätsspitals, des Felix Platter-Spitals und

der Universitären Psychiatrischen Dienste in selbständige öffentlich-rechtliche Betriebe mit eigener Rechtspersönlichkeit vorsieht. Dies sei nötig, da das revidierte Krankenversicherungsgesetz mit der Einführung der Fallkostenpauschalen auf den 1.1.12 bestimmt, dass die Spitäler „bilanz- und vertragsfähig“ sein müssen, d.h. nicht mehr als Dienststelle der Kantone geführt werden können.

Dass zur Erfüllung dieser Bestimmung Reformen nötig sind, bestreitet niemand. Hingegen kann die Bilanzfähigkeit sowie eine grössere unternehmerische Autonomie auch ohne rechtliche Verselbständigung erreicht werden. Diese würde alle Entscheidung über die Zukunft der Spitäler einem Verwaltungsrat übertragen, der Grosse Rat hätte nur noch die Grundsubvention abzuwickeln.

Dass ein derart zentraler Teil der staatlichen Aufgabe wie die Gesundheitsversorgung dem parlamentarischen Entschei-

dungsprozess entzogen wird, kann nicht widerstandslos hingenommen werden. Klar ist auch, dass sich die Situation des Personals mit der Auslagerung verschlechtern würde. Konkurrenzfähig müssten die Spitäler werden, sich am Markt und den Kunden (Kunden sind das, was bis vor kurzem unter Patientinnen und Patienten verstanden wurde) orientieren, heisst es im Ratschlag. D.h. unter anderem, dass versucht werden wird, die Leistungen günstiger als andere Spitäler anzubieten, was wiederum bedeutet, dass bei den grossen Ausgaben gespart werden wird. Über 60 % der Ausgaben eines Spitals betreffen die Löhne. An den Löhnen der hoch qualifizierten MitarbeiterInnen (Chefärzte und sonstiges Kader) kann kaum gespart werden (Abwanderungsgefahr, Rekrutierungsschwierigkeiten). Also wird beim weniger qualifizierten Personal gespart, etwa in der Hauswirtschaft, Küche sowie bei den Reinigungs- und Hilfsdiensten. Dies funktioniert immer nach denselben Prinzipien: Ein Dienst wird ausgelagert, d.h. einer privaten Firma übergeben. Im ersten Jahr gelten im besten Fall dieselben Bedingungen wie früher, dann wird reorganisiert. Die Anforderungen werden erhöht, die Anstellungsbedingungen verschlechtert (Löhne, Taggeldversicherung, Pensionskassenleistungen). Auch wenn im Ratschlag gewisse

Retuschen im Anschluss an die Vernehmlassung erfolgten, kann der Ratschlag in keiner Weise befriedigen: Anstellungsbedingungen können in Zukunft von den beim Staat geltenden abweichen, die Spitäler können eigene Firmen gründen, um so Dienste auszulagern.

Der Verein „keine Auslagerung der öffentlichen Spitäler“ will den parlamentarischen Diskussions- und Entscheidungsprozess begleiten und die oben erwähnten Forderungen in die Vorlage einbringen. Bei der Gründung dabei waren neben MitarbeiterInnen des Universitätsspitals VertreterInnen von BastA!, dem Grünen Bündnis, SP, VPOD, Unia und der SGSG. Sobald die Beratungen in der Finanzkommission und der Kommission für Gesundheit und Soziales abgeschlossen sind und deren Vorschläge bekannt sind und an den Grossen Rat weitergeleitet werden, soll eine Informations- und Diskussionsveranstaltung stattfinden. Der Verein stellt sich darauf ein, dass möglicherweise das Referendum gegen das Gesetz ergriffen werden muss.

Ihre Mitgliedschaft im Verein ist erwünscht: Schreiben Sie an: Verein „Keine Auslagerung der öffentlichen Spitäler“, c/o Soziale Medizin/SGSG, Postfach, 4007 Basel oder E-Mail: [keine.auslagerung@bluewin.ch](mailto:keine.auslagerung@bluewin.ch).

Daniel Gelzer

## Erbschaftssteuer jetzt!

Medienmitteilung

**BastA! unterstützt die Bemühungen, eine Volksinitiative für eine nationale Erbschaftssteuer auf hohe Summen zu lancieren.**

Wie wir einem Artikel auf bazonline entnehmen, plant eine Gruppe um den Juristen und ehemaligen Fachhochschuldozenten Werner Kallenberger aus Zürich die Lancierung einer Volksinitiative für eine nationale Erbschaftssteuer auf Summen von mehr als einer Million Franken. BastA! unterstützt dieses Ansinnen ausdrücklich. Wie die kürzlich veröffentlichte Reichtumsstudie des Basler Soziologen Ueli Mäder und anderen gezeigt hat, öffnet sich die

Schere zwischen Arm und Reich in der Schweiz dramatisch. Besonders krass ist die Situation im Kanton Basel-Stadt, wo 0,45 Prozent der Bevölkerung über gleichviel Vermögen verfügen wie die restlichen 99,55 Prozent.

Am anderen Pol der Reichtumsskala, bei den Armutsbetroffenen, wächst derweil der Unmut. Die IV und die Arbeitslosenversicherung bauen fortlaufend Leistungen ab, und wer von der Sozialhilfe oder einer Mi-

nimalrente leben muss, bekommt kaum genug Geld für das Nötigste. Solche Zustände sind unhaltbar und gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt. In der reichen Schweiz ist genug Geld vorhanden, um allen Einwohnerinnen und Einwohnern eine Existenz in Würde zu ermöglichen. Es fehlt aber der politische Wille, entsprechende Massnahmen in die Wege zu leiten.

Die Einführung einer nationalen Erbschaftssteuer auf hohe Summen wäre ein kleiner Schritt in Richtung soziale Gerechtigkeit. Dieser Schritt würde niemandem weh tun. 95% der vererbten Vermögen wären von der Steuer nicht betroffen, und die Superreichen würden sie problemlos verkraften. Machen wir diesen Schritt, alles andere wäre ein Armutszeugnis!

# Prozess gegen Kurdinnen und Kurden in der Türkei

Internationale Solidarität

Am 18. Oktober begann in Diyarbakir im Osten der Türkei der Prozess gegen 151 kurdische Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Kader der inzwischen verbotenen kurdischen Partei DTP. Ihnen werden im Wesentlichen Verbindungen zur kurdischen Arbeiterpartei PKK und Gefährdung der Einheit des türkischen Staates vorgeworfen. Dass es sich hier um einen politischen Prozess handelt mit dem Ziel, die demokratische Artikulierung des kurdischen Widerstands zu schwächen, steht ausser Zweifel. Delegationen aus ganz Europa beobachten den Prozess. Am Eröffnungstag war auch eine Gruppe aus Basel anwesend, darunter etliche BastA!-Mitglieder



Der politische Charakter des Prozesses wird bereits deutlich, wenn wir uns die Vorgeschichte vor Augen halten. Im März 2009 errang die kurdische Partei DTP anlässlich der Wahlen auf Gemeindeebene in der

Türkei einen überraschenden Sieg und wurde landesweit zur drittstärksten politischen Kraft. 14 Tage nach den Wahlen verkündete die kurdische Arbeiterpartei PKK einen einseitigen Waffenstillstand, um den Weg für eine politische Lösung der Kurdenfrage freizumachen. Nur einen Tag später setzte die Verhaftungswelle ein, und wenige Monate danach wurde die DTP verboten. Inzwischen sind rund 1'800 Mitglieder der DTP bzw. der Nachfolgerpartei BDP in Haft oder stehen unter Anklage, darunter der gesamte Zentralvorstand der ehemaligen DTP sowie 11 demokratisch gewählte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Kaum eine andere Partei in Europa hätte einen derartigen Aderlass verkraftet. Doch der BDP ist es immer wieder gelungen, die Lücken zu schliessen. Den Parteivorsitz der BDP Diyarbakir beispielsweise hat aktuell der kurdische Schriftsteller Nijad Yarak inne. Er ist der achte Parteipräsident in nert zweier Jahre.

Abdullah Demirbas, Bürgermeister von Diyarbakir-Sur, zeigte der Basler Delegation eine Fotografie seiner Verhaftung. Darauf ist zu sehen, wie er und andere Verwaltungsmitglieder bis hin zu seinem Chauffeur in Handfesseln abgeführt werden. „Die Botschaft dieses Bildes ist klar“, sagt Demirbas, „wer als Kurde Politik macht, wird so enden.“ Auch Osman Baydemir, Oberbürgermeister von Diyarbakir und ebenfalls angeklagt, betont, dieser Prozess richte sich nicht gegen einzelne Personen, sondern gegen den demokratischen Prozess in den kurdischen Regionen der Türkei und letztlich gegen die kurdische Bevölkerung insgesamt.

Am Montag, 18. Oktober, versammeln sich Tausende vor dem Gerichtsgebäude in Diyarbakir, der grössten kurdischen Stadt

im Osten der Türkei. Das Gebäude wird von 1'600 Polizisten, viele in Kampfmontur, bewacht und ist hermetisch abgeriegelt. Nur durch eine schmale Schleuse werden Prozessbeobachterinnen und -beobachter eingelassen, darunter auch zwei Vertreterinnen der Basler Delegation. Der Gerichtssaal ist viel zu klein, um alle Interessierten aufzunehmen. Die Menschenmenge vor dem Gebäude wächst während des Tages stetig an. Die kurdische Bevölkerung hat begriffen, dass dieser Prozess gegen sie gerichtet ist, und demonstriert eindrücklich ihre Solidarität.

Mit etlicher Verspätung beginnt der Prozess gegen die 151 Angeklagten. Die Inhaftierten werden hereingeführt, umzingelt von Polizisten. Unter ihnen ist auch Gülcihan Simsek, die ehemalige Bürgermeisterin von Van-Bostanici. Sie hat in ihrer Gemeinde mit Hilfe des Basler Vereins Städtepartnerschaft Basel-Van eine Wäscherei eingerichtet, wo Frauen ihre Wäsche waschen, nähen und Kurse besuchen können. Das Haus ist zugleich ein wichtiger Treffpunkt für die sonst oft isolierten Frauen. Simsek und die meisten anderen Angeklagten sind seit 18 Monaten in Haft.

Rund 300 Anwälte sind zur Verteidigung der Angeklagten angetreten. Ihre

## Repression auch gegen türkische Linke

13 ExponentInnen der legalen türkischen Parteien Sosyalist Demokrasi Partisi und Toplumsal Özgürlük Platformu wurden kürzlich verhaftet. Die Staatsanwaltschaft wirft Ihnen vor, einer bewaffneten revolutionären Gruppe anzugehören - ein waghalsiges Konstrukt ohne jegliche Beweise. In Wahrheit geht es darum, den ehemaligen obersten Sicherheitschef in diversen Städten, Hanefi Avci, zu diskreditieren. Avci hatte in einem viel beachteten Buch rechtswidrige verdeckte Operationen des türkischen Staates öffentlich gemacht. Der Autor sitzt ebenfalls im Gefängnis. Ihm wird vorgeworfen, er habe der bewaffneten Gruppe Informationen zukommen lassen.

Sprecher beanstandeten alle die Beweisführung und verurteilten den politischen Charakter des Prozesses. Er richte sich gegen die Demokratisierung, stellte etwa Esber Yarmurdereli fest, gegen die gesamte Bevölkerung. Vor Gericht stünden demo-



Tausende demonstrierten vor dem Gerichtsgebäude in Diyarbakir und drückten so ihre Solidarität mit den Angeklagten aus. (Foto: Martin Flückiger)

# Ein grünes Wochenende

junges grünes bündnis

**Am Wochenende des 18. und 19. September trafen sich die jungen grünen der gesamten Schweiz in Basel. Hauptthema war der Kampf gegen neue AKW.**

Als Schwerpunktthema wurde vom Vorstand des jungen grünen bündnis nordwest das Thema AKW und alternative Energien festgesetzt. Alle Teilnehmer und Teilnehmerinnen trafen sich zu früher Stunde am Samstag am Bahnhof SBB und alle brachten ihre Velos mit. Durch die so gewonnene Mobilität konnten wir viel Bewegung und Dynamik in dieses Wochenende bringen. Unser erstes Ziel, welches wir anradelten, war das Gärtnerhaus im Schwarzpark, dort halten wir normalerweise, in den nicht allzu kalten Monaten, die Sitzungen des jgb ab. Unter freiem Himmel begannen wir den Anlass offiziell mit einer kleinen Begrüßungsrede und Diskussionen in verschiedenen spielerischen Formen, welche uns etwas näher zusammen bringen sollten und die verschiedenen Grüppchen stark durchmischten. Mit einem guten Essen, es wurden Pilze und Klepfer gegrillt und dazu aus einem reichhaltigen Salatbuffet genascht, schlossen wir den ersten Block des Weekens ab.

Danach fuhren wir gemeinsam ins Pfadihaus St. Jakob, welches auch unsere Bleibe für die Nacht war. Dort begannen wir mit der konkreten inhaltlichen Thematik. Wir haben zwei Inputreferenten eingeladen: Es waren dies Miriam Behrens und Aernschd Born. Mirjam Behrens referierte über das geplante Vorgehen der Grünen Schweiz zum Thema der kommenden AKW-Abstimmungen, und vor allem auch, wo die jungen grünen konkret mitarbeiten könnten und wo es noch Felder gibt, welche wir alleine bearbeiten könnten. Aernschd Born vermittelte uns, mit was für einer Kommunikationsstrategie die NWA in die nächsten entscheidenden Monate gehen will und wie er die Botschaft „100% erneuerbar ist machbar“ mit möglichst positiven Bildern verbreiten will, um einen kla-

ren Kontrast gegen die negativen ablehnenden Botschaften der Skeptiker zu erwirken. Nach diesen interessanten Referaten schloss sich jede und jeder einer der zwei verschiedenen Workshopgruppen an, welche die angesprochenen Thematiken in interaktiver Form vertieft diskutierten und versuchten, mögliche konkrete politische Aktionen oder Initiativen anzudiskutieren.

Anschliessend kam es zur grossen Energiestadttrundfahrt auf dem Velo. Wir fuhren erst zum Messeplatz, gingen in den Messeturm hoch in die Bar Rouge und schauten, nach einleitenden Worten, auf die grösste Photovoltaik-Anlage Basels hinunter. Danach fuhren wir zum Rathaus, wo wir von Guy Morin durch die Büros und den Ratsaal geführt wurden. Wir hatten auch die Möglichkeit, mit dem Basler Stadtpräsident über die energiepolitische Strategie der Stadt, über den Standortwettbewerb in der Schweiz und über sein Amt

und die damit verbundenen Aufgaben und Pflichten zu diskutieren. Über das Gundelinger Feld, bei welchem ein letzter Input über die 2'000 Watt- Gesellschaft geliefert wurde, fuhren wir dann zurück zum Pfadihaus. Dort gönnten wir uns ein gemütliches Abendessen. Natürlich drehten sich auch hier die Gespräche oft um grüne Themen, und es war bereichernd, sich in dieser friedlichen Atmosphäre auszutauschen.

Am Sonntagmorgen begann nach einem reichhaltigen Frühstück der offizielle Teil. Es wurde die Mitgliederversammlung der jungen grünen schweiz abgehalten und es wurde unter anderem die 2 x Nein-Parole zur Ausschaffungsinitiative und zum Gegenvorschlag beschlossen.

Alles in allem können wir auf ein gelungenes, gut besuchtes und anregendes Wochenende zurück blicken.

*Im Namen des jgb:*

*Fabio Gassmann und Lena Signer*



## Prozess gegen Kurdinnen und Kurden (Fortsetzung)

kratisch gewählte Bürgermeister sowie Kader der DTP, ergänzte seine Kollegin Meral Danis. Die Anwälte zerplückten die Anklage, die sich auf Telefonabhörprotokolle stützt sowie auf Aussagen von geheimen Zeugen, die ausschliesslich von der Polizei verhört wurden und nicht vor Gericht erscheinen werden. Die Beweismittelbeschaffung sei illegal erfolgt, und die Hausdurchsuchungen hätten keinerlei Hinweise auf Verbindungen zu einer terroristischen Or-

ganisation zutage gefördert. Nicht einmal ein Messer habe man bei den Angeklagten gefunden. Die Beweisführung der Staatsanwaltschaft sei absurd. So habe sie etwa die Teilnahme an einer Demonstration am internationalen Frauentag (8.3.) oder an Protestaktionen gegen den Ilisu-Staudamm als Beweis für die Unterstützung einer terroristischen Organisation angeführt. Die Anwälte bezeichnen die Basis der Anklage als äusserst dürftig und weisen darauf hin, dass im Prozess weder internationale Normen noch Abkommen eingehalten werden.

Am Ende des ersten Tages forderten sie die sofortige Freilassung der Inhaftierten sowie das Recht, sich in der Muttersprache auf Kurdisch zu verteidigen. Auch solle die 7500 Seiten starke Anklageschrift nicht verlesen werden, weil dies den Prozess unnötig in die Länge ziehen würde. Die Angeklagten seien schon lange genug in Haft. Der Staatsanwalt empfahl die Forderungen zur Ablehnung. Am nächsten Tag befolgte das Gericht seine Empfehlung. Ein Urteil ist frühestens Mitte November zu erwarten.

*Martin Flückiger*

# Als Wahlbegleiter in Venezuela

Eingeladen vom CNE, der demokratisch gewählten Wahlbehörde in Venezuela, hatte ich die Gelegenheit, zusammen mit VertreterInnen verschiedener Länder die Parlamentswahlen in Venezuela vom 26. September zu begleiten. Diese Wahlen waren und sind ohne Zweifel von grosser Bedeutung für ganz Lateinamerika nach dem Putsch in Honduras 2009, dem Putschversuch in Ecuador gegen Präsident Rafael Correa und der massiven internationalen Medienkampagne gegen Präsident Hugo Chavez im Vorfeld der Wahlen. Umso erfreulicher ist es, dass diese Wahlen auf Grund der Aussagen aller WahlbegleiterInnen, die aus verschiedenen politischen Lagern stammten, fair und demokratisch einwandfrei durchgeführt werden konnten.



Die PSUV, der Partido Socialista Unido de Venezuela, die Partei von Hugo Chavez, gewann die Wahlen, indem sie in der Nationalversammlung 98 der 165 Mandate eroberte. Die Koalition

der über 20 oppositionellen Parteien, die Mesa de la Unidad Democratica (MUD), erhielt 65 Mandate, wobei 22 Sitze an die AD, die Sozialdemokraten, und 43 Sitze an neun weitere Parteien gingen, darunter die Copei, die Christdemokraten, und zwei neuentstandene Parteien, die Primera Justicia und die Partei Un Nuevo Tiempo (UNT). Die Partei Patria Para Todos (PPT), die das linke Wahlbündnis verlassen hat, aber auch nicht in die Koalition der Opposition eingetreten ist, erhielt 2 Sitze. Die PSUV gewann die Wahlen in 56 von 87 Wahlbezirken und in 18 von 24 Bundesstaaten. Da mit der neuen Verfassung von 1999 der ehemalige Senat und das Repräsentantenhaus zusammengelegt wurden, werden heute ca. ein Drittel der Sitze mittels Parteilisten gemäss dem Proporz, zwei Drittel als sogenannte nominale Mandate nach Personenlisten gemäss dem Majorzverfahren gewählt. Zudem hat seit dieser Reform jeder Bundesstaat unabhängig von seiner Bevölkerungszahl mindestens 3 Sitze (2 Listenplätze und mindestens einen nominalen Sitz) inne. Das Majorzverfahren begünstigt wie etwa in England oder anderen Ländern die grossen Parteien oder Koalitionen. Über Majorz und Proporz lässt sich streiten – in Venezuela mit seiner unüberblickbaren Zahl von an der Wahl beteiligten Parteien trägt dieses System sicher zur Bildung klarer Mehrheitsverhältnisse bei. Knapper als bei der Mandatsverteilung fiel so auch das Stimmenverhältnis aus. Bei den gleichzeitig stattfindenden Wahlen ins Lateinamerikanische Parlament, wo die Partei- bzw. Koalitionsstimmen auf nationaler Ebene massgebend sind, erhielt die PSUV 5.4, die MUD 5.3 Millionen Stimmen. Die Opposition hat nach meiner Schätzung gegenüber den Regionalwahlen von 2008 etwa 200 000 Stimmen dazugewonnen, die PSUV ca. 300 000 Stimmen eingebüsst. Dies ist wohl einerseits auf den

Alleingang der PPT als auch auf die Stimmenthaltung unzufriedener Chavez WählerInnen zurückzuführen.

Dennoch muss festgehalten werden, dass dieses Resultat angesichts verschiedener Probleme eine grosse Mobilisierungsleistung der erst vor vier Jahren gegründeten PSUV darstellt. Erstens hat die Wirtschaftskrise Venezuela, das immer noch stark von Erdöl abhängig ist, massiv getroffen. So haben zum Beispiel die Löhne mit der Inflation nicht Schritt gehalten. Zweitens gab es insbesondere anfangs Jahr auf Grund einer ausserordentlichen Trockenheit für die Bevölkerung Stromausfälle, für welche die Opposition und die internationalen Medien Chavez verantwortlich machten. Zudem gab es Probleme bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln auf Grund von Sabotageakten. Drittens muss man sich vor Augen halten, dass insbesondere von Seiten der USA mit verschiedenen Mitteln ein eigentlicher Krieg gegen Chavez geführt wird. Dies vorab seit 2002, als es den USA klar wurde, dass sich Chavez wider Erwarten an seine Wahlver-

sprechen hielt und sich nicht zur Marionette der USA degradieren liess, denn Kolumbien und Venezuela mit ihrem Erdölreichtum sind neben dem Nahen und Mittleren Osten zentrale Interessensphären des US-Imperialismus. So mischen sich die USA und US-Organisationen massiv in Venezuela ein, 2002 mit der Unterstützung des Putsches gegen Chavez, 2002/2003 mit der Erdölsabotage, und seither mit der Finanzierung und Schulung der Opposition und einem eigentlichen Medienkrieg mit Hilfe z.B. der CNN, FOX News, der New York Times, der Washingtoner Post oder mit den neoliberalen Zeitungen in Europa wie El Pais in Spanien, der Frankfurter Allgemeinen in Deutschland oder der NZZ in der Schweiz, um nur die wichtigsten zu nennen. So hat etwa der Lateinamerikakorrespondent der NZZ, Werner Marti, in seiner Wahlberichterstattung keine Verleumdung und Lüge ausgelassen, welche von der Opposition in Venezuela mit Hilfe der US Nachrichtenagenturen in die Welt gesetzt

Fortsetzung nächste Seite



Als Wahlbegleiter in Venezuela: Hans Schappi (vierter von links).

Als der Kanton Basel-Stadt 2008 das Geld für den Kauf des „Burghofs“ von einer Mäzenin geschenkt bekam, war diese milde Gabe geknüpft an die Bedingung, dass die Regierung an diesem Ort einen Erweiterungsbau für das Kunstmuseum plant und realisiert, und dass sich der Kanton dann auch für die Finanzierung des Betriebs einsetzt. Wenn die Bedingungen des Schenkungsvertrages nicht eingehalten werden, muss der Kanton den geschenkten Betrag zurückerstatten.



Für die Investitionskosten wurden 100 Mio. veranschlagt, eine Stiftung hat zugesichert, die Hälfte der Baukosten zu übernehmen, es bleiben also noch 50 Mio. zulasten des Kantons.

Die Betriebskosten wurden zum Zeitpunkt des Hauskaufs auf 2,3 Mio. pro Jahr geschätzt, mittlerweile mussten die Berechnungen auf 4,8 Mio. jährlich korrigiert werden. Für die zusätzlichen 2,5 Mio. wurde ein Donatorenkonzept entwickelt, was konkret bedeutet, dass über 50% der Betriebskosten des zukünftigen Kunstmuseums von privater Seite finanziert werden sollen. Dies ist ein höchst ungewöhnliches und gewagtes Finanzierungsmodell für ein staatliches Museum.

Die Frage nach der Dauer dieses privaten Engagements wurde von der Direktion des Kunstmuseums mit der Aussage beantwortet, dass Kunst immer mit Risiko behaftet sei und dass von Privat Spendern kein Garantieschein verlangt werden könne. Die Regierung sicherte immerhin zu, dass die 2,3 Mio. pro Jahr für den erhöhten Betriebsbeitrag des Kunstmuseums als zusätzlicher Aufwand im Kulturbudget einge-

stellt werden sollen. Diese Aufstockung der Kulturfinanzen führt also dazu, dass der Verteilungskampf um die Kulturfinanzen durch die Erweiterung des Kunstmuseums nicht direkt verschärft wird.

Angesichts der gebundenen Ausgaben (Subventionen für Theater, Sinfonieorchester, Museen), die den allergrössten Teil der Kulturausgaben ausmachen, ist dieser neue Ausgabenposten für das erweiterte Kunstmuseum einfach ein weiterer Felsblock in der Kulturlandschaft und kann nicht als Bereicherung bezeichnet werden. Auch die schwerpunktmässige Argumentation mit der touristischen Bedeutung des Kunstmuseums lässt den Eindruck entstehen, dass es in erster Linie um Kultur für gut betuchte Gäste geht. Der aus gewerkschaftlicher Sicht als problematisch zu bezeichnende Umgang der Direktion mit dem Personal macht das Kunstmuseum zudem nicht zum Sympathieträger. Die Aussicht, dass die Betriebskosten mehrheitlich privat finanziert werden sollen, lässt Befürchtungen aufkommen, dass die Arbeitsbedingungen weiter unter Druck geraten und die kantonalen Anstellungen mittels Auslagerungen in Frage gestellt werden könnten.

Zu all diesen kritischen Punkten kommt noch die Diskussion über die finanzielle Zukunft des Kantons. Die bürgerlichen

Parteien haben mehrere Steuerinitiativen eingereicht, die bei einer Annahme jährliche Steuerausfälle im dreistelligen Millionenbereich zur Folge haben würden. Für das Budget 2011 musste jedes staatliche Museum einen Sparauftrag von 3,4% entgegen nehmen. Das Kunstmuseum erfüllte diesen Auftrag, indem vier Stellen gestrichen wurden, zwei davon in der Kunstvermittlung – ein Zeichen beispielloser Arroganz, angesichts des aktuell hängigen Entscheids über den Kredit für den Erweiterungsbau.

Der Gedanke ist naheliegend, dass angesichts der Steuersenkungsinitiativen, von denen vor allem gut betuchte Bevölkerungsschichten profitieren würden, die Finanzen für ein Kulturangebot, das hauptsächlich auf BesucherInnen der gleichen Schicht ausgerichtet ist, in Frage gestellt werden könnten. Das Prestigeprojekt Erweiterungsbau des Kunstmuseums kann sehr gut mit der Steuersenkungsdiskussion verknüpft werden, weil es ein ideales Beispiel ist um zu zeigen, dass die Auswirkungen der „Politik der leeren Kassen“ auch denjenigen wehtun können, die permanent nach Steuersenkungen rufen und damit den Abbau von staatlichen Leistungen verfolgen, oder zumindest in Kauf nehmen.

Heidi Mück

## Venezuela (Fortsetzung)

worden sind. So berichtete er etwa, um ein Beispiel zu machen, Chavez habe die Wahlkreise so arrangiert, dass ein Wähler im Bundesstaat Amazonas mit der geringsten Bevölkerungszahl, in dem für Chavez gestimmt werde, ein Mehrfaches an Stimmkraft habe als ein Wähler des bevölkerungsmässig und wirtschaftlich reichsten Bundesstaates Zulia, der von der Opposition regiert wird. In Venezuela scheint für Werner Marti etwas ein Skandal zu sein, das es in der Schweiz, der Musterdemokratie, dank dem Zweikammersystem in einem noch zugespitzteren Sinne gibt. Aber es ist natürlich etwas völlig anderes, wenn die Stimmen der Linken zugute kommen, als wenn reaktionäre Schutzvereinigungen für

Steuerhinterzieher und Abzocker, wie die CVP und die FDP, begünstigt werden. Es war dann schon beinahe ein Treppenwitz der Geschichte, dass bei den Wahlen ausgerechnet im Bundesstaat Amazonas nicht die PSUV eine Mehrheit hatte, sondern die beiden Abgeordneten der PPT gewählt worden sind.

All dies kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Resultate dieser Wahlen nicht auch ein ernsthafter Fingerzeig, eine gelbe Karte für die PSUV und für Chavez sind. Die Reformen für die ärmeren Bevölkerungsschichten müssen gezielt weitergeführt und die Wirtschaft nach Möglichkeit diversifiziert werden. Vorab aber muss die Korruption im Staatsapparat energisch bekämpft werden und die Führung der PSUV muss stärker von den Funktionären im

Staatsapparat getrennt werden. Die drei R sind ernst zu nehmen: reflexion, rectification und reimpulso. Denn über die Absichten der Opposition in Venezuela und der USA darf man sich keine Illusionen machen. Sie werden weiterhin alles daran setzen, Venezuela zu destabilisieren, auch wenn sie nun im Parlament sitzen, das sie vorher boykottiert haben. Umso wichtiger ist für die PSUV die Konsolidierung der eigenen Kräfte. Und hier liegt die Hoffnung: Die Tausenden von begeisterten jungen Frauen und Männer, welche für ein gerechteres und die imperialistische Ausplünderung überwindendes, souveränes Venezuela kämpfen und welche die Solidarität der Linken in Europa verdienen – soweit diese nicht schon völlig degeneriert sind.

Hans Schäppi

In der losen Serie, in der wir in der Schweiz und in Basel aktive Gruppierungen und Bewegungen vorstellen, kommt in dieser Nummer die Plattform „Kunst+Politik“ zum Zuge. Martin Flückiger stellte dem Schriftsteller und Mitinitiator der Plattform Guy Krneta drei Fragen.

Lieber Guy, „Kunst+Politik ist eine Initiative von Künstlerinnen und Künstlern, die sich vermehrt gemeinsam zu politischen Themen verhalten und künstlerisch zu Wort melden wollen“, heisst es auf eurer Website. Was hat euch veranlasst, diese Plattform zu gründen?

Die Diskussionen darüber, wie sich Künstlerinnen und Künstler politisch zu Wort melden, welche Möglichkeiten sie haben und wie sie ihre Rolle in der Gesellschaft begreifen, beschäftigen uns immer wieder. Vor einigen Jahren trafen sich Schreibende der Gruppe „Netz“ zu diesem Thema und richteten in der Folge eine Website ein. Hier sollte „teppichartig“ ein kollektives Statement zur Schweiz gewoben werden. Die Website verwaiste allerdings recht bald. Dann gab es andere

Erfahrungen: Im Zusammenhang mit den Debatten rund ums Kulturfördergesetz initiierte Suisseculture, der Dachverband der professionellen Kulturschaffenden, die Aktion „Kunst trifft Politik“. 150 Künstlerinnen und Künstler trafen sich mit eben so vielen Parlamentarierinnen und Parlamentariern je unter vier Augen. Eine Folge dieser Gespräche war, dass die Soziale Sicherheit, für die wir jahrelang gekämpft hatten, im Gesetz verankert werden konnte. Mit „Kunst+Politik“ wählen wir einen einigermaßen pragmatischen Weg: Das Netz soll Rückendeckung geben für Künstlerinnen und Künstler, die sich mit künstlerischen Einzelinitiativen oder kollektiven Aktionen politisch zu Wort melden wollen. Dabei werden unterschiedliche Gattungen, Formen und Strategien zur Anwendung kommen und verschiedene „Protagonistinnen und Protagonisten“ aufgebaut werden. Und nicht zuletzt ist „Kunst+Politik“ eine Diskussionsplattform zur Selbstverständigung darüber, was politische Kunst heute sein könnte. Die Binsenwahrheit, dass letztlich jede Kunst politisch sei, befriedigt uns nicht.

Das Netzwerk „Kunst+Politik“ fühlt sich dem Erbe der Aufklärung verpflichtet. Kannst du erläutern, was darunter zu verstehen ist?

Wir meinen, dass jeder Mensch Rechte hat - Menschenrechte -, die ihm niemand nehmen kann, und dass dies die Basis unseres demokratischen Zusammenlebens ist. Wenn nun im Zusammenhang mit populistischen Initiativen auf einmal Menschenrechte gegen direkte Demokratie ausgespielt werden, ist das eine Pervertierung der Freiheit: die Freiheit, Freiheit abzuschaffen, ist keine Freiheit. Es muss, mei-

nen wir, darum gehen, die Mündigkeit des Menschen und seine Fähigkeit zur kollektiven Selbstbestimmung zu stärken.

„Kunst+Politik“ hat sich jüngst in Basel für das Stimmrecht für Migrantinnen und Migranten engagiert. Bei der Helvetia am Kleinbasler Brückenkopf haben Kunstschaffende einen Nachmittag lang gelesen, gesungen, gerappt, musiziert, und so für ein Ja zur Initiative geworben. Welche Projekte stehen als nächstes an?

Gegenwärtig kümmern wir uns um die Promotion von drei Spots gegen die Ausschaffungsinitiative, welche der Filmregisseur Micha Lewinsky und der Schauspieler Hanspeter Müller-Drossaart für „Kunst+Politik“ gedreht haben. Die Filme werden in ausgewählten Kinos gezeigt und im Internet verbreitet. In diesem Zusammenhang finden auch Veranstaltungen statt. In Basel zum Beispiel am Dienstag, 9. November von 18.00 - 19.00 Uhr im Kult.Kino Atelier. Unter der Leitung des Kulturjournalisten Alfred Schlienger diskutieren Jugendliche die Ausschaffungsinitiative. Für fachlichen Support sorgen Anni Lanz und Francesca Falk.

Kunst+Politik initiiert und unterstützt künstlerische Aktionen und Aktivitäten zu gesellschaftspolitischen Themen. Gefördert wird die politische Auseinandersetzung unter Künstlerinnen und Künstlern sowie mit Politikerinnen und Politikern, Medien und der Öffentlichkeit. Kunst+Politik ist eine Initiative von Künstlerinnen und Künstlern, die sich vermehrt gemeinsam zu politischen Themen verhalten und künstlerisch zu Wort melden wollen. Kunst+Politik versteht sich als Plattform und Netz. Der aktuelle Vorstand besteht aus: Martin R. Dean, Mathias Knauer, Guy Krneta, Hans Läubli, Johanna Lier, Nicole Pfister-Fetz, Samir und Ruth Schweikert. [www.kunst-und-politik.ch](http://www.kunst-und-politik.ch) [www.vor-die-tuer.ch](http://www.vor-die-tuer.ch)

- Ich interessiere mich für BastA! Schickt mir mehr Unterlagen.
- Ich möchte regelmässig von BastA! hören. Ich spende mindestens Fr. 30.- und bekomme den detaillierten BastA!-Versand.
- Ich will Mitglied von BastA! werden und bezahle einen monatlichen Beitrag von Fr. \_\_\_\_\_.-  
(Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag für Leute mit geringem Einkommen beträgt Fr. 10.- pro Monat).
- Ich bestelle die Broschüre „Mobilität mit Qualität“ (38 Seiten, Unkostenbeitrag Fr. 5.-)

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Telephon/Fax: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an:  
BastA!, Basels starke Alternative  
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel  
oder Fax 691 16 31

## Veranstaltungen

Dienstag 23. November 2010

Linke Projekte in Lateinamerika -  
Widersprüche und Gegenangriffe  
El Salvador, Honduras, Nicaragua  
Referat und Diskussion mit Dieter Drüssel  
vom Zentralamerika-Sekretariat

Eine Veranstaltung von BastA und ALBA

- Gewerkschaftshaus, Grosser Saal,  
1. Stock, Rebgasse 1, Basel  
19h Apéro, 19h30 Veranstaltung

Impressum: Nr. 4/November 2010. Herausgeber: Förderverein BastA!, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel, Tel. 061 / 691 16 31, E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch, PC 40-31244-5, Website: [www.basta-bs.ch](http://www.basta-bs.ch), erscheint mind. 4x jährlich, für alle Mitglieder gratis. Redaktion: Karin Haerberli, Patrizia Bernasconi, Richard Spillmann, Martin Flückiger, Druck: Rumzeis Basel